

Saale-Beitung.

Staubdruckzylinder Jahrgang.

werden die Spaltenstelle oder beim Raum mit 30 Pfg. ...

Bezugspreis ...

Nr. 99.

Galle a. S., Dienstag, den 1. März.

1910.

Die nationale Bewegung in Aegypten.

E. P. Im Lande der Pharaonen beginnen sich die politischen Lebensformen zu regen.

Die Geschichte kennt nicht erregte Zeiten, und selbst berühmte Historiker haben zuweilen in jenen Persönlichkeiten, die in ihnen mit gewaltsamen Mitteln eine Veränderung unerträglicher Zustände herbeizuführen versuchten, nur Märtyrer einer großen Sache gesehen wollen.

Aegypten hat lange unter türkischer Herrschaft direkt gestanden. Heute ist der Kadifschah am Goldenen Horn nur noch dem Namen nach als Sultanz eine Scheinherrschaft über das Land der Pyramiden aus.

Wir können die eiserne, konsequente Politik Albions im dunkeln Erdteil noch weiter verfolgen, es würde uns aber jedoch, da wir uns heute ausschließlich mit der rein ägyptischen Frage beschäftigen wollen, zu weit führen.

Der ermordete Minister Butros Pascha nahm in der von den Nationalisten betriebenen Verfassungsfrage einen vermittelnden Standpunkt ein.

einführen zu müssen. Durch ein so rigoroses Ausnahmegesetz wurde natürlich die Sache nicht besser, und bald kam ein Gesetz heraus, das jeder, der gemeinheitsmäßig Angriffe gegen Leben und Eigentum unternimmt, an seinem Wohnort bis zu fünf Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt werde.

Der ägyptische Nationalismus, und damit berührt er sich mit dem anderer Nationen, hat vor allem die Jugend für sich. Sie ist begeisterungsfähig und opferfreudig.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom Montag, 28. Februar. Am Ministertisch: von Nolde, Holtz.

Etat des Ministeriums des Innern.

5. Tag.

Abg. Dr. Diehnst (Soz.)

trifft sich das gegen die polnische Bewegung gerichtete Spionagesystem der Polizeibehörden in Polen. Diese Spionage, die mit falschen Berichten und Provolationen arbeitet, erstreckt ihre Tätigkeit auch auf das Ausland bis nach Nordamerika.

Strahendemonstrationen der bürgerlichen Parteien nachgefordert. Die Polizei hat nicht eingegriffen, und seine Fliege ist geblieben.

Unterstaatssekretär Holtz:

Die Unterstellung des Abg. Dr. Diehnst, die polnische politische Polizei arbeite mit gefälligen Berichten und verlege das Verhältnismäßig, welche ich rundweg zurück. Davon ist keine Rede.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.)

bringt eine Entschädigung des Reichsgerichts zur Sprache, die dem Polizeibeamten erlaubt, einem fliehenden Radfahrer durch den Polizeihund verfolgen zu lassen.

Minister v. Nolde

erwidert, von einem Anspringen und Zu-Boden-Reißen des Radfahrers durch den Polizeihund sei keine Rede.

Abg. Hirsch (Soz.)

fordert die Streichung des Titels „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei 200 000 Mark“.

Vizepräsident Dr. Forst

ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Hirsch:

Von den Konsernativen und den Nationalliberalen erwarten wir nichts. Aber das Zentrum sollte sich doch seiner besseren Vergangenheit erinnern und den Titel ablehnen.

Minister v. Nolde:

Die Materie ist schon mehrfach eingehend behandelt worden, ich beziehe mich auf meine vorjährige Erklärung.

Abg. Switala (Pole)

lehrt Beschwerde über Bewältigung der polnischen Solots und der politischen Jugendorganisationen.

Ein sozialdemokratischer Antrag

auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als Zuschüsse an die Kommunalverbände für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger sind 6 Millionen Mark ausgesetzt.

Abg. Dr. Falckner (Ztr.)

fordert eine bessere Vorbildung der Leiter von Fürsorgeanstalten, für die Erziehungsanstalten sollten Lehrer in besonderen sozialpädagogischen Fächern, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, vorgeliefert werden.

Abg. Ströbel (Soz.):

Unser heutiges Fürsorgewesen ist, wie die offizielle Statistik erweist, völlig veraltet, ihre Ergebnisse sind geradezu lässlich.



Kleine politische Nachrichten.

Ob's was ist?

Eine sehr unwahrscheinliche Meldung druckt das "Echo de Paris" aus englischer Quelle ab. Danach soll Graf Westenthal bei seinem Berliner Besuch die Bekanntschaft des deutschen Reichssekretärs, Reichsgraf von Tschirch, durchgesetzt haben. Der Herr v. Schöen sei.

Zu dem Reizement in der heillosigen Regierung meldet ein Telegramm des "B. Z." aus Darmstadt: Der Großherzog hat gestern mittig dem Staatsminister Dr. Ewald, den Ministern des Innern Dr. Braun und den Provinzialdirektor v. Homberg in Audienz empfangen und danach das neue Ministerium wie folgt gebildet: Staats- und Justizminister Dr. Ewald, Finanzminister Dr. Braun, Minister des Innern v. Homberg.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hat gestern mittig im Königlichen Schloß den neuernannten preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchster Hofe Mirza Mahmud Khan Gheblam-es-Saltaneh in Antrittsaudienz empfangen. Bei der Audienz war der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wirkliche Geheime Rat Freiherr von Schöen zugegen.

Ausland.

Die amerikanischen Dreadnoughts.

London, 28. Febr.

Der amerikanische Marineminister Meyer hat bekanntlich dem Kongress in Washington den in diesem Jahre zu beginnenden Bau von zwei Schlachtschiffen des Dreadnoughttyps von je 28 000 Tonnen vorgeschlagen. Aber mit diesen Angelegenheiten ist er noch nicht zufrieden. Sein Programm für 1910/11 — so wird dem "Tag" aus Washington telegraphiert — sieht außerdem den Bau zweier Monitoren von 32 000 Tonnen vor, die mit 10 Zehnjöligen Geschützen bewaffnet werden sollen. Diese Geschütze haben einen Kaliber von 1650 Millimeter. Die Gesamtkosten eines solchen Ueberdreadnoughts werden auf 18 Millionen Dollar veranschlagt. Der geplante amerikanische Seeräuber wird also fast noch mal so groß als die jetzigen Dreadnoughts sein, deren Längenausdehnung 180 Meter beträgt. Marineminister Meyer ist davon überzeugt, daß die Stärke einer Flotte nicht in der Zahl, sondern in der Größe ihrer Schiffe beruht, und Präsident Taft ist unterdessen in dieser Ueberzeugung. Präsident Taft hat erst letzte Woche eine Rede in Newark gehalten, in der er diese Ansichten ausführte.

Kleine Tagesnachrichten.

König Georg vor der Abreise?

Im Saal von Pirrus ist nach Londoner Mittheilungen ein englischer Kreuzer dazu bestimmt, König Georg und seine Familie im Falle eines Besuchs in Venedig, Triest und anderen preussischen Eigentum des Königs befindlich, nach dem englischen Kriegsschiff, das "Lion" und "Lioness" unter Dampf und freier Bewachung durch englische Marineoffiziere zu begleiten.

Kongresse und Verbandstage.

H. Berlin, 28. Febr. (Meldung von Louis Fitz'schen Depeschsbureau.) Im Sitzungssaal des Kaiserlich-Gesundheitsamtes fand heute die konstituierende Sitzung des Organisations-Ausschusses für den in Berlin im Jahre 1911 stattfindenden Internationalen Kongress für Säuglingskinder statt. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung wurde vom Ratsmitglied Dr. von Behr-Pinnow eröffnet, der gleichzeitig auf die Bedeutung dieses Internationalen Kongresses hinwies. Hierauf erfolgte die Konstituierung des großen Organisationsausschusses. Das Protokoll über diesen Kongress wird voraussichtlich die Kaiserin übernehmen. Die Mitglieder der auswärtigen Staaten werden zur Theilnahme aufgefordert werden. Professor Keller, Direktor des Kaiserin Auguste Viktoria-Hauses, gab eine Uebersicht über die in Aussicht genommene verschiedenen Sektionen und Vortragsthemen, die auch Geheimherbergsrath Professor Dr. Dietrich eingehend erläuterte. Hierauf erfolgte die Wahl eines Gesundheitsausschusses, zu dessen Vorsitzenden der Präsident des Gesundheitsamtes Geheimrat Bumm gewählt wurde.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 1. März

Stadtverordneten-Sitzung.
Salle a. S., 28. Febr.
Am Vorstandsische die Herren Ratsrat Föhring, Baumeister Gygas, Fabrikant Gexler.
Eingegangen ist eine Petition wegen Gehaltsregulierung, die in die geschlossene Sitzung verwiesen wird.
Punkt 1 betrifft einen von 15 Bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten eingebrachten schleunigen Antrag, der einen

Protest gegen die Wahlrechtsvorlage.

Der Antrag lautet:
Das Kollegium wolle beschließen, gemeinlich mit dem Magistrat bei der Staatsregierung dahin vorzulegen, daß das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in einer den Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert und insbesondere durch Neueinteilung der Wahlkreise und Erhöhung der Einzahl gesichert wird, der ihrer Steuerleistung und ihrer Bevölkerungszahl entspricht.
Herr Vorsteher Föhring meint, es sei man zur Begründung des Antrages schreite, möge man feststellen, ob er im Rahmen der

Kompetenz

der städtischen Kollegien liegt. § 32 der preussischen Verfassung gibt jedem Preußen das Recht zu Eingaben an den Landtag. Der vorliegende Antrag ist indes zu allgemein gehalten, er hätte auf Hallische Verhältnisse ausgeschrieben werden können. Tatsächlich geben allgemeine und städtische Ju-

zum Gegenstand des Angriffs, der Verächtlichung und Aufreizung gemacht zu werden.

Das Deutsche Reich ist ein sehr künstlicher, ganz eigenartiger politischer Aufbau, geschaffen in einer Zeit, die selten reich an bedeutenden Männern und opferwilligen Helden war. Man sollte sich aber hüten, eine einzelne gefestigte Maßregel selber, auch wenn sie sich finanziell und wirtschaftlich rechtfertigen läßt, aber aus Unkenntnis darüber, daß das Reich tagtäglich auch der höchsten Opposition in erheblicher Anzahl die Tote der gefestigten Körperlichkeit des Reichs geöffnet hat, eine gewisse parlamentarische Bestimmung gegen die Verhältnisse im Reich überhaupt offen heraus zu bekennen oder wenigstens verständlich genug durchzuführen zu lassen. Gegenstände und widerstreitende Interessen innerhalb des Reichs sind bereits reichlich vorhanden. Ein zu starkes partikuläres Selbstbewußtsein ist nur geneigt, die schon vorhandenen Reibungsflächen, die in einem Bundesstaate aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich sind, noch zu vergrößern.

Die "Vossische Ztg." beantwortet die Forderungen nach Ausföhrungen in folgender trefflicher Weise:

Was der frühere Staatsminister des Innern über das Wahrecht sagte, ist ganz zutreffend. Gewiß sind die Angriffe auf das Reichswahlrecht, ob sie unmittelbar erfolgen oder aus der Verteilung des preussischen Wahlrechts gefolgert werden müssen, verfehlt. Nur wissen wir nicht, was Graf Fojadomsky als Minister getan hat, um eine Reform des preussischen Wahlrechts herbeizuföhren. Eigenartig ist die Aeußerung, der Streitpunkt, der im Winter 1906/07 zur Auflösung des Reichstags führte, könne nicht als solcher betrachtet werden, bei dem es sich erst nach dem Verlangen der Mittel zur nationalen Verteilung gehandelt. Man wird dadurch an die neuere Bemerkung der "Kreuzzeitung" erinnert, Graf Fojadomsky habe dem Zentrum noch gefanden. In der Tat ist er ein Freund der Auflösung und der konstitutionell-liberalen Auarung gewesen. Seine jetzigen Ausföhrungen sind nicht ohne Gefahr für seinen Nachfolger, den gegenwärtigen Reichstagsler v. Bethmann-Hollweg. Sie mögen berechtigt sein; aber wir haben keinerlei Gewähr, daß Graf Fojadomsky, wenn er statt des Herrn von Bethmann-Hollweg Reichstagsler und Ministerpräsident wäre, nennenswert bessere Vorföhre gemacht oder freisichtiger Reden gehalten hätte, als der augenblickliche Inhaber dieser Aemter."

Parlamentarisches.

Die Präsidentenwahl im Reichstage.

Die heutige Präsidentenwahl im Reichstag wird unter ganz einzigartigen Umständen vor sich gehen: Bis zur Stunde weiß man selbst in Abgeordnetenkreisen noch nichts über den Ausgang der Wahl. Die freisinnigen Parteien treten erst heute unmittelbar vor der Sitzung zur Beratung darüber zusammen, ob überhaupt und in welcher Weise sie sich an der Präsidentenwahl beteiligen wollen. Im übrigen erhält sich das Gerücht, daß das Zentrum, das im Dezember nur aus persönlichen Gründen zugunsten des Grafen Sollog auf den ihm zutreffenden Anspruch zur Bekleidung der ersten Präsidentenstelle verzichtet hatte, diesmal seine Rechte als stärkster Partei geltend machen und den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Spahn als ersten Präsidenten präsentieren werden. Eine Kandidatur, die sich auch die Sozialdemokraten bereits ausgesprochen haben sollen. Die Situation wird noch komplizierter dadurch, daß — unter Verweigerung nach — Graf Schöen in Vönik aus Gesundheitsgründen sich jetzt schon weigert, den Posten des ersten Präsidenten anzunehmen. In den Kreisen der konservativen Partei hofft man allerdings, den Grafen noch umzustimmen. Für den Fall, daß dies nicht gelingt, gilt der Abgeordnete Graf Fönd v. Föndsenfeldt als Kandidat der Konföderation für den Präsidenten, bzw. Vizepräsidentenposten. (Graf Fönd v. Föndsenfeldt vertritt den weitpreussischen Wahlkreis Kolenberg-Löbau. Er gehört allerdings dem Reichstag erst seit 1907 an.)

Schule.

Selbstzucht der Schüler.

In Eberfeld ist, wie man der "Vossischen Zeitung" schreibt, zum erstenmal in Deutschland an einer höheren Lehranstalt der Versuch gemacht worden, eine Schülerföhrungsverwaltung durchzuführen zur Bekleidung des freiwilligen Gehörjams und der Selbstverantwortlichkeit der Schüler. Sie beruht auf einer Schulordnung, wonach alle Klassen von Sexta aufwärts einen Vertrauensmann durch Stimmzettel wählen, der für die Klassenhygiene — Reinlichkeit, Lüftung, Temperatur — zu sorgen hat und alle Wünsche der Klasse seinem Ordinarius gegenüber zum Ausdruck bringt. Bei Abwesenheit des Lehrers sorgt er durch Ermahnung für Ruhe und Ordnung; die Vertrauensmänner von Obertertia aufwärts bilden einen Ausschuss, dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sauberkeit auf den Gängen und auf dem Schulhofe ist. Der Ausschuss verteilt im Einvernehmen mit dem Direktor die einzelnen Plätze oder Gänge unter seine Mitglieder. Er wählt einen Ordinarium, dessen Aufgabe es ist, die Wünsche der gesamten Schölerheit dem Direktor zu übermitteln. Außerdem wählt jede Klasse in geheimer Wahl einen Schriftföhrer, der eine Chronik der Klasse föhrt, einen Verwalter, der das Inventar der Klasse unter sich hat, einen Böhrgewärt und einen Klassenföhrer. Am Schluß jedes Textialis unterliegt die Amsföhrung der Begutachtung durch die Klasse und die Lehrer; das Ergebnis wird in der Chronik vermerkt. Ueber die Tattigkeit des Ausschusses der Vertrauensmänner urteilen der Direktor und das Lehrkollegium. Bei den Schulferien, die in Ehrenzeiten — darunter der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts — Freiheitsstrafen, helle Entzerrung und Ausschöfung von den Gängen und der Anwendung gebracht. Die Erfolge sind bisher auf der Selbstföhrung der Schüler beruhenden Schulordnungen werden von Kennern der Anstalt als ganz ausgezeichnete erklärt. Der Verfasser der Schulordnung, Professor Dr. Heemann, wird in der Monatschrift für höhere Schulen" eingehend über die ganze Frage berichten.

Das Ziel der Föhrerziehung, die nötige sittliche Reife für das Leben, wird meistens nicht erreicht. Das verdienstliche Urteil hat unseren Föhrerzöglingen ein früherer vortragender Rat im Jubiläumskommitee gesprochen, der erklärt hat, die Föhrlinge bezeugen höhere Verdienste, um die Föhrerzöglinge mit dem Föhrerzöglingen zu können. Tatsächlich sind die Zustände in den Anstalten schlimmer als in den Gefängnissen. Eine physikalische Untersuchung der Föhrlinge und eine danach eingerichtete Behandlung der Föhrlinge ist nötig. Heute wird nur geprügelt, und daß die Föhrer der leitenden Stelle mit einem Geföhrnisse nicht vor den jugendlichen Grausamkeiten bei der Behandlung meistens geföhrlicher Kinder jähzt, zeigt die Affäre Mielcz. Ebenso sah es in der vielgerühmten Anstalt Sierodorf aus. Nach Mielcz hat man einen Mann zum Erzieher bestellt, der eben erst aus einer Trinkerheilstalt entlassen war. Man denke an die Blöhmische Widnis! Es fehlt überall an der richtigen Kontrolle. Aus ganz richtigen Gründen werden heute Kinder in die Föhrerzöglinge gesteckt.

Ein Regierungskommissar

ermindert, daß die Vörgänge in Mielcz von der Regierung sehr befragt würden. Man dürfe aber nicht verallgemeinern. Von dieser Stelle aus könne er aussprechen, daß in unseren Föhrerzöglingenanstalten pflicht- und gewissenhaft gearbeitet werde. Es sind auch Erfolge erzielt worden, wenn sie auch nicht greifbar sind. Der Minister läßt sich bringend anlegen sein, die Mielcz für die Befreiung, wo sie sich zeigen. Es sind Fortbildungskurse für Erzieher eingerichtet worden. Diese Erzieherseminare sollen nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Hg. Fajbender (Ztr.)

weist die Uebertreibungen des Hg. Ströbel zurück, besonders die Vorwürfe gegen die geistlichen Anstaltsleiter. Die religiöse Basis dürfe nicht verlassen werden, wenn auch Frömmelkeit nicht notwendig ist.

Hg. Ströbel (Soz.):

Die persönliche Ehrenhaftigkeit eines großen Teils der Anstaltsleiter habe ich nicht verdröht. Auch ohne konfessionelle Erziehung lassen sich gute Früchte erzielen. Die philosophische Erziehung hat ihr Gutes. Man braucht natürlich nicht so philosophisch langweilig zu sein, wie Herr v. Bethmann-Hollweg.

Vizepräsident Dr. Fösch

rufft den Redner zur Ordnung. (Unruhe links.)

Hg. Reimborn (Ztr.)

fordert Föderung der Wandarbeitsschöften, besonders an der belgischen Grenze. Die deutschen Konsuln dort nähmen sich der aus Belgien abgehenden, oft sehr braven deutschen Arbeiter nicht geföhrend an.

Minister v. Moltke

legt Bröfung der Verhältnisse zu. Damit ist der Etat des Innern erledigt. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Etat der Bergverwaltung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Deutsches Reich.

Graf Fojadomsky über die innere Reichspolitik.

Der frühere Staatssekretär des Innern Graf Fojadomsky hat sich in der Münchener Zeitschrift "Münz" einen Aufsatz geschrieben, der in einem Rundbrief zur Verfügung gestellt wird. Der Staatsmann, der seit dem 24. Juni 1907 der Teilnahme an der Leitung der Politik entzogen ist, hat die Wahrnehmung gemacht, daß neuerdings Stimmungen zur Geltung kommen, die dem föderativen Reichsgedanken nicht förderlich zu sein scheinen. Er knüpft dabei an die Verhandlungen über zwei Probleme an, erstens über die Schiffahrtsabgaben, zweitens über das preussische Wahrecht.

Graf Fojadomsky stellt den Schiffahrtsabgaben derzeit sehr skeptisch gegenüber. Er hält jetzt für erwiesen, daß sie nicht ohne Aenderung der Reichsverfassung und nicht ohne verfassungsmäßige Zustimmung Oesterreichs und Hollands eingeföhrt werden können. Die entgegengesetzte Meinung, die in Zeitungsartikeln vertreten worden ist, hält Graf Fojadomsky für abgetan. Bemerkenswert ist, daß Graf Fojadomsky jetzt die Schiffahrtsabgaben zwar vom finanziellen Standpunkt gelten läßt, vom wirtschaftlichen und politischen aber als zweifelhaft bezeichnet. Beschlüssen würden sie in Preußen ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, als Zugewinn an das österrichische Segnarierum. Kann ein anderer Staatsmann aber hat, so lange er ernstlich tätig war, das Parazierium derart gefördert wie Graf Fojadomsky.

Ferner sagt Graf Fojadomsky in der Münchener Zeitschrift:

Auch die Gegner des Reichswahlrechts, welches mit dem Reich geboren ist, müssen anerkennen, daß unter der Herrschaft dieses Wahlrechts in Deutschland eine gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gebiete eine ungeheure Kulturarbeit geleistet ist, und daß die auf Grund dieses Wahlrechts gewonnene Aepferschaft nach stets die Mittel gewährt hat, welche zur Verteilung unseres Vaterlandes zu Land und zu Wasser notwendig waren. Der Streitpunkt, der im Winter 1906 zur Auflösung des Reichstages führte, kann nicht als ein solcher betrachtet werden, bei dem es sich erst nach dem Verlangen der Mittel zur nationalen Verteilung gehandelt hätte. Solange aber der Reichstag in dem Umfange, in dem er es bisher getan hat, seinen nationalen Willkür genügt, scheint es recht festzuhalten, das Reichswahlrecht als eine für das Reich politisch verheißt und schädliche Einzigung anzusehen, um so mehr als alle Parteien des Reichstages und ebenso die Vertreter des Bundesrats bei verschiedenen Gelegenheiten auf das Bestimmte erklärt haben, daß es ihnen völlig fern liege, das Reichswahlrecht anzutasten. Eine Prognose (a la Böckh, die Heb. v. Wolf, Ztg.), daß es sich einmal um die Wahl zwischen Reich und Reichswahlrecht handeln könne, kann nur dazu dienen, in meinen Kreisen Mißtrauen gegen die Absichten der Regierung und gegen die Parteien zu sähen, deren Vertreter solche Behauptungen äußern. Auch die ernstlichsten offenen und gebetenen Gegner des Reichswahlrechts würden kaum in der Lage sein, ihre Gegnerhaft in gelegentliche Beschlüsse zu übertragen.

Zu allen diesen hypothetischen Aeußerungen und verflochtenen Stimmungen kommt noch die bekannte Erklärung im Reichstage, daß der König von Preußen und der deutsche Kaiser jeden Moment imstande sein müßte, zu einem Leutnant zu fagen: "Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag." ... Derartige Aeußerungen pflegen ja



terellen oft so durcheinander, daß sie schwer zu trennen sind. Wissen Sie, daß die Rechtsprechung haben aber auch...
Herr Stv. H. Heine: Ich habe mich sehr interessiert...
Herr Stv. H. Heine: Ich habe mich sehr interessiert...
Herr Stv. H. Heine: Ich habe mich sehr interessiert...

gestalt: Wie würden wir uns mudern, wenn das von Ihrer Seite nach unserem Beispiel gesehen würde? Ich betone: Wir müssen uns sorgfältig hüten, unsere Kompetenz zu überschreiten.
Herr Stv. H. Heine: Wir brauchen uns gar nicht sorgfältig zu hüten. Wir überschreiten mit dem beantragten Vorgehen keineswegs unsere Kompetenz. Der Hinweis auf das Vollstreckungsrecht dürfte doch jeden überzeugen, daß wir als Gemeinde ein unmittelbares Interesse daran haben, daß ein die Städte nicht benachteiligendes Wahlgesetz zum Landtage zustande kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rie: Namens des Magistrats habe ich zu erklären, daß der Magistrat in jener Sache eine staatspolitische Angelegenheit sieht, für die er die Verammlung nicht als zuständig erachtet. Sollte die Verammlung dennoch materiell über den Antrag verhandeln, und wohl gar zu einem positiven Beschluß kommen, würde der Magistrat eine ablehnende Haltung einnehmen.

Bei der Abstimmung stimmen 25 Stadtverordnete für 30 Stadtverordnete gegen

eine weitere Behandlung des Antrages; die Mehrheit erklärt sich also in der Sache für unzulänglich. Der Antrag ist damit erledigt.

Punkt 2 lautet nach der Magistratsvorlage: a) die in Folge der neuen Gehaltsregulierung zu gewährenden Zulagen sollen betragen: Bei den Magistratssekretären 300 Mk., bei den Politischen Beamten 300 Mk., bei den Polizeibeamten 300 Mk., bei den sonstigen Beamten 300 Mk. b) Überschreiten die nach der neuen Gehaltskala zu gewährenden Zulagen die vorbestimmten Höchstätze nicht, so rücken die Beamten nach ihrer Bestimmungskategorie in die neue Gehaltskala ein. Überschreiten die Zulagen jedoch diese Höchstätze, so rücken die Beamten obiger drei Klassen zunächst in diejenige Stufe ihrer neuen Gehaltskala ein, welche den ihnen am 1. April 1910 nach der alten Bestandsordnung zugehenden Gehalt um mindestens 300 Mk. bei den Magistratssekretären und 2. Bauführern, um mindestens 100 Mk. bei den Polizeibeamten erhöht. Das Aufsteigen in die nächsthöhere Stufe der neuen Skala erfolgt in diesen Fällen dergestalt, daß den Beamten diejenigen Dienstjahre, welche sie in der ihnen am 1. April 1910 nach der alten Gehaltskala zugehörenden Stufe verbraucht haben, auf die Zwischenstufe der neuen Skala angerechnet werden. c) Wird bei der Einreihung nach b) ein Beamter einem hinsichtlich des bisherigen Bestimmungskategorie älteren Beamten der gleichen Gehaltsklasse durch früheres Aufsteigen überholen, so rückt der ältere zugleich mit dem jüngeren. Diejenigen Beamten, welche am 1. April 1910 bereits drei Jahre das Höchstgehalt ihrer Klasse bezogen haben, rücken von der Zwischenstufe auf das Höchstgehalt der neuen Skala am 1. April 1911. Die Verammlung lehnt die Anträge a. und b. ab, genehmigt aber Antrag c. (Ref. Herr Stv. K. a. b. c.)

Der Antrag betr. Ermäßigung der Geldverlust-Entschädigungen der Kassierer wird angenommen. (Ref. Herr Stv. K. a. b. c.)

Punkt 4 betrifft den von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gestellten Antrag: Angehends der Forderung, daß die Beamten der städtischen Verwaltung eine weitere Erhöhung ihrer Dienstbezüge gefordert wird, beantragen wir, daß die

Löhne der städtischen Arbeiter um drei Mark pro Woche

erhöht werden.
Herr Stv. K. a. b. c. trägt die Anträge des Etatsausschusses vor, den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, aber den Magistrat zu ersuchen, eine Untersuchung bei den einzelnen Verwaltungen anzustellen, ob und in welcher Weise in letzter Zeit die Löhne erhöht sind, ferner zu erwägen, Maßnahmen statt bisheriger Tagelöhne einzuführen, damit die Arbeiter durch die in die Woche fallenden Festtage keine Einbuße erleiden, Arbeiter aus schließlich einzuleihen und Lohnfakten zu geben, eventuell mit Wietzschschiffen an kinderreiche Familien. Nach mehrstündiger Debatte, auf die wir im Abendblatt zurückkommen, wird ein Antrag K. a. b. c. angenommen, der den Magistrat beauftragt,

über Lohnaufbesserungen für die städtischen Arbeiter eine Vorlage zu machen.

Der Antrag wird mit 21 gegen 21 Stimmen angenommen, wobei die Stimme des Herrn Vorlesers zugunsten des Antrages den Ausschlag gibt. Von den Anträgen des Etatsausschusses finden noch die Anträge betr. die Einführung der Wohnlöhne, Lohnfakten usw. Annahme.

Bei der vorgedruckten Zeit wurden nur noch die folgenden Punkte erledigt:

7. Verkauf der Bauplatze Nr. 22 Ecke der Kohlschütter- und Reistraße für den Preis von 30 Mk. pro Quadratmeter für das Vorgartenland, 60 Mk. pro Quadratmeter für das übrige Land. Käufer ist der Architekt Richard Dohme. (Ref. Herr Stv. F. a. u. s.)

8. Verkauf der Bauplatze Nr. 31 an der Staudestraße für den Preis von 34 Mk. pro Quadratmeter an Rentier v. Schlegel. (Derselbe Referent.)

9. Verkauf der Bauplatze Nr. 23 an der Reistraße zum Preise von 56 Mk. für das Vorland und 28 Mk. für das Hinterland. Käufer ist Zimmermeister August Dohme. (Ref. Herr Stv. F. e. t. l.)

10. Verkauf der Bauplatze 1, 2, u. 3 an der Marthastraße an die Handelsgesellschaft Senfisch und Reichardt, hier zum Preise von 35 Mk. pro Quadratmeter für das Vorderland bis zu 25 Meter Tiefe und 17,50 Mk. pro Quadratmeter für das Hinterland. (Ref. Herr Stv. F. e. t. l.)

15. Der Zimmerpächter Wilhelm Bod beabsichtigt, auf seinem Grundstück Wasserweg Nr. 3 einen Neubau zu errichten. Nach der für den Wasserweg festgelegten Fluchtlinie erfüllt eine Parzelle von ca. 10 Quadratmeter Flächeninhalt an der Straße zu dem Grundstück. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation hat der Magistrat das Land mit 10 Mk. pro Quadratmeter bemietet. Eine Eingabe des Herrn Bod dagegen wird nicht gerechtfertigt angesehen. (Ref. Herr Stv. Reichardt.)

Bund für Muttertschön

Der Bund für Muttertschön nahm auf seiner Generalversammlung in Halle, wo die bekannten Streitigkeiten zur Erörterung standen, folgende Resolution an:

Die Generalversammlung stellt nach Kenntnisnahme vom dem Bericht der Revisoren und des Schlichters, sowie nach Prüfung aller in Bezug auf die Verwaltung der Gelder erhobenen Beschwerden fest, daß die Kassierer in Ordnung befunden sind. Die Finanzlage des Bundes dürfte sich, daß die Käser seit Uebernahme des Geschäftsführerpostens durch Fr. Stöder im Oktober v. J. in freier kaufmännischer Form geübt worden und auch nicht der geringste Anlaß zur Annahme vorliegt, daß vor dieser Zeit eine den Satzungen des Bundes widersprechende Verwendung von Geldern vorgekommen ist. Die Verwaltung der Sache verheißt eine durch einen Teil der Presse getriebene, die gute Sache verheißende Darstellung, als ob die Kassierenverwaltung eine unzulässige sei. Die Generalversammlung beschließt, daß die Bundesstatuten und die Ortsgruppenliste des Borsitz, aus deren Vereinigung die früheren Unklarheiten der Ausführung hervorgegangen sind, künftig in getrennter Buchführung geführt werden. Der Bund für Muttertschön beschließt, bis zur Erledigung der schwebenden Privatbeschuldigungen die Bundesverwaltung aus Berlin fortzunehmen. Als Vorort, wo die Geschäfte des Bundes geleitet werden sollen, wurde bis auf weiteres Breslau gewählt. Fr. Dr. Stöder legte darauf die Geschäftsführung nieder.

Bildungsverein.

Die Winterabende gehen zur Rüste, und so zeigen sich auch die Winterveranstaltungen des Vereins zum Ende zu. Der letzte Unterhaltungsabend brachte kinematographische Vorstellungen.

Es war eine schwierige Aufgabe, ein passendes Programm aufzustellen. Und trotz der sorgfältigen Auswahl mußten doch noch verschiedene Änderungen an dem Programm vorgenommen werden. Die einleitenden Worte hätten ihren Zweck wohl besser erfüllt, wenn dem Publikum in denselben Aufzählung darüber gegeben worden wäre, wie es hinter den Kulissen des Kinematographen zugeht. Am beizugewisse einen Zim bereuzellen, welcher das Meerbeiwelt, eine Frau auf dem Meerestrange schimmelt, zeigt, macht die Darstellung, auf einer entsprechend bemalten Leinwand liegend, Schwimmbewegungen, die von dem an der Decke platzierten Apparat aufgenommen werden. Es würde den Rahmen dieses Berichtes überschreiten, hier näher darauf einzugehen; vielmehr läßt sich das Verzeichnis später nachholen. In den Vorbereitungen berichte der Humor vor, der allerdings des öfteren unzulässig übertrieben war. Wie sehr aktuell ist hervorzuheben die Darstellung „Bögel in ihrem Heim“, der eine äußerst schwierige Aufnahme zugrunde liegt. Auch Poelle und Kaffee kamen zu ihrem Recht durch die Vorführung der „Bürgerkriegs- und Szenen aus „Torquato Tasso“. Im großen und ganzen war das Publikum befriedigt. Das von der Kapelle der 300er gestellte Trio (Violin, Cello und Klavier) löste keine Aufgabe müßiggütig.

Konfirmationen.

In der evangelischen Kirche fand gestern mittag im Beisein einer zahlreichen Gemeinde die erste diesjährige Konfirmation statt. Herr Pastor Sellmann konfirmierte 120 Knaben, die mit ihren Angehörigen auch das heilige Abendmahl empfangen. In der St. Johannestirche konfirmierte Herr Pastor Fischer eine Anzahl Knaben und Mädchen.

Das 25. mitteldeutsche Bundesfest

wird vom 3. bis 10. Juli in Berlin abgehalten werden, und zwar auf dem Schönholzer Schießständen der Berliner Schützengilde, die die Ausrichtung des Festes übernommen hat. Es stehen dort nach den Neubauten nicht weniger als 40 Stände zur Verfügung, und es gelangen zur Aufstellung: 10 Stände (175 Meter) 18 Stände, auf Feld (300 Meter) 15 Stände, wovon drei Stände für das Schießen mit dem Armeegewehr bestimmt sind, außerdem zwei Reiterstände auf 60 Meter und fünf Pistolenstände auf 35 Meter. Neu ist die Einrichtung, daß für Schnellfeuerstöße jeder einzelne Stand durch eine elektrische Leitung mit den Mittelstellen verbunden sein wird.

Freie in der Arbeit.

Der Installateur Hermann Schumacher konnte nur einigen Tagen auf eine zehnjährige ununterbrochene Arbeitstätigkeit im Geschäft von H. Angermann (Wasserleitungs- und Beleuchtungs-Anlagen) hier zurückblicken. Vom letzten des Geschäftsjahres und seiner Kollegen wurden dem Jubilar verschiedene Ehrungen zuteil.

Beizsoortenerkunde.

In der städtischen Turnhalle am Kopsplatz fand gestern nachmittag die erste Beizsoortenerkunde des Bezirks Halle rechts der Saale statt. Im Stalle des ersten Turnierfeld in der Familie befindlichen Herrn Lehrer Duffler leitete dessen Stellvertreter in der Bezirksleitung, Herr Dreher Loth (F. B. Gieschickstein), das Turnier. Es beteiligten sich daran 81 Vorturner der verschiedenen Vereine. Im Schnellhangeln wurde Herr Klein von T. B. Gutsmuths hier mit 7 1/2 Sekunden am 6 Meter langen Seil Sieger; er erhielt als Preis ein Jahrbild. In der folgenden Sitzung im Restaurant „Landesrecht“ wurde zunächst das Durchzugefest besprochen. Das nächstjährige Gouturnfest wünscht der T. B. Körner zu übernehmen, der zugleich sein fünfzigjähriges Weibchen feiern wird. Auf die Anschaffung des einheitlichen Turnanzuges bis zum Kreisturnfest wurde hingewiesen.

Eruption in der Tiefen des Wellenzons.

Der durch seine früheren Vorträge hier noch in better Erinnerung stehende Wpfler W. B. u. s. w. wird nächsten Mittwoch und Donnerstagabend im großen Saale der Kaiseräle alle populär-wissenschaftlichen Ausstattungsgegenstände über die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Astronomie halten. Die Vorträge machen uns mit den Mythen der Sonne, des Mondes und anderer Weltkörper bekannt. Auch bei in diesem Jahre wiederkehrende Sagen die Kommet wird am zweiten Vortragsabende in Wort und Bild behandelt. Die Vorträge bieten voraussichtlich sehr viel des Interessanten und Befriedigenden.

Der Verein ehem. 67er in Halle und Umgegend hält Mittwochabend 8 1/2 Uhr in Bauers Restaurant, Rathausstraße, seine Versammlung ab. Wie ehem. 67er, die dem Verein noch fernstehen, sind willkommen.

Die ehemaligen Jülicher haben ihre nächste Zusammenkunft am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Schulhof, Köpferstraße, 1 Treppe, kleines Zimmer. Tagesordnung: Jubiläumsfest.

Provincial-Nachrichten.

Gedenktag.

Wangsdorf, 27. Febr. Am 27. Februar 1678 wurde hier Christoph Buchen geboren. Er ist der Gründer des hiesigen Waisenhauses, welches den Anfang der jetzigen Landwaisenanstalt bildete.

Wie einst August Hermann Franke, so legte auch er fast ohne Mittel, nur, wie er selbst gesagt, im Vertrauen auf Gott und das gute Herz seiner Mitmenschen, den Grund zu der Anstalt, in welcher



